In Venezuela hat das Parlament am Dienstag in erster Lesung ein Gesetz zum „integralen Schutz der Nation" verabschiedet. Dieses betont angesichts eines drohenden Angriffs der USA vor allem die Einbeziehung der Bevölkerung in die Landesverteidigung. Das Gesetz lege „eine neue Form der Befehlsbefolgung, Verlegung von Truppen und vor allem der Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung und Streitkräften" fest, erklärte der Präsident der Nationalversammlung Jorge Rodríguez. Präsident Nicolás Maduro unterzeichnete das Gesetz umgehend, es soll ohne zweite Lesung direkt in Kraft treten. Von **Amerika21**.

Am selben Tag erreichte der größte Flugzeugträger der Welt, die USS „Gerald R. Ford", das Operationsgebiet des US-Südkommandos, das ganz Lateinamerika und die Karibik umfasst. Die Verlegung des Schiffes aus dem Mittelmeer hatte die US-Regierung vor drei Wochen angekündigt. Die USS „Gerald R. Ford" bietet Platz für 90 Flugzeuge und Hubschrauber sowie mehr als 4.000 Militärs.

Laut einer Studie von Experten des Center for Strategic and International Studies (CSIS) sind die aktuellen Militärbewegungen der größte US-amerikanische Truppenaufmarsch seit dem ersten Golfkrieg (1990–1991), berichtete die Deutsche Welle in ihrer spanischen Ausgabe. Damit erreicht das US-Vorgehen gegen Venezuela eine neue Eskalationsstufe.

Als Antwort kündigte Verteidigungsminister Vladimir Padrino López ein zweitägiges Militärmanöver an, an dem laut offiziellen Angaben 200.000 Soldatinnen und Soldaten teilnehmen sollen. Für den Fall eines Umsturzversuches rief Maduro die Bevölkerung zu einem „aufständischen Generalstreik" auf. Die Nachrichtenagentur *Reuters* berichtet indes, dass das venezolanische Militär sich aufgrund der US-amerikanischen Überlegenheit für den Fall einer Invasion auf „Guerillataktiken" vorbereite.

Seit August militarisiert die US-Regierung die südliche Karibik. Die venezolanische Regierung wirft Trump vor, mittels der Drohkulisse einen Regierungswechsel erzwingen zu wollen. Mit der Begründung, gegen Drogenkartelle vorgehen zu wollen, griffen die USA bis Anfang November nach eigenen Angaben 20 Boote an. Dabei töteten sie mindestens 76 Menschen. Die meisten der Angriffe fanden in internationalen Gewässern vor der Küste Venezuelas statt, seit Mitte Oktober ist auch der östliche Pazifik betroffen. Internationale Rechtsexperten und UN-Vertreterinnen sprechen von außergerichtlichen Hinrichtungen.

Kritik kommt mittlerweile auch aus Europa. Großbritannien kündigte laut einem CNN-Bericht an, aufgrund der Angriffe künftig keine relevanten Geheimdienstinformationen über mögliche Drogentransporte mehr zu teilen. Als ehemaliges „British Empire" verfügt das Land in der Karibik noch immer über mehrere koloniale „Überseegebiete". Auch Frankreich, in der Region ebenfalls aufgrund von „Überseegebieten"

vertreten, kritisierte am Dienstag die US-Angriffe als „völkerrechtswidrig". Zudem kündigte Kolumbiens Präsident Gustavo Petro ein Ende der geheimdienstlichen Kooperation mit den USA an.

Die derzeit prominenteste venezolanische Oppositionelle María Corina Machado sprach von „entscheidenden Stunden", die Venezuela bevorstünden. Sie werde „einen friedlichen Übergang" garantieren. „Unsere Kinder werden nach Hause zurückkehren und Wissen, Investitionen und Kontakte mitbringen. Wir werden Venezuela zum lateinamerikanischen Wunder des 21. Jahrhunderts machen", erklärte sie am Mittwoch. Seit Wochen setzt sich Machado medial offensiv für ein militärisches Vorgehen gegen Caracas ein und versucht, die Regierung Maduro als Gefahr für die regionale Sicherheit darzustellen. „Ich glaube, dass die derzeitige Eskalation der einzige Weg ist, Maduro klarzumachen, dass es Zeit ist, zu gehen", betonte Machado etwa Ende Oktober in einem Interview mit *Bloomberg*. Darin behauptete sie auch, sowohl Hisbollah als auch Hamas seien in Venezuela aktiv und Maduro persönlich habe die US-Wahl 2020 manipuliert, die Trump gegen Joe Biden verlor.

Unklar bleibt, wie weit US-Präsident Donald Trump zu gehen bereit ist. Seine Äußerungen der letzten Monate widersprechen sich teilweise. Wiederholte Andeutungen über bevorstehende Angriffe auf Kartelle „an Land" schüren Befürchtungen, dass die US-Regierung ihren militärischen Radius bald schon ausweiten könnte. Laut US-amerikanischen Medienberichten bereiten die USA die Option konkreter Militärschläge innerhalb Venezuelas vor, die sich gegen Militäreinrichtungen, hochrangige Regierungsvertreter oder sogar Maduro selbst richten könnten. Anfang November war Trump rhetorisch zurückgerudert und hatte erklärt, er plane vorerst keine Angriffe innerhalb Venezuelas, wenngleich „Maduros Tage gezählt" seien. Vor dem Kongress räumten Regierungsvertreter ein, dass die legale Basis für Angriffe innerhalb Venezuelas laut aktuellem Stand nicht gegeben sei.

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Dieser Artikel erschien zuerst auf Amerika21.

Titelbild: Humberto Matheus / Shutterstock

Mehr zum Thema:

US-Regime-Change Pläne für Venezuela: Fünf Szenarien

Interview mit William Serafino zur Lage in Venezuela: US-Militärkampagne, Medienmanipulation und die Rolle Europas

Operation Regime Change: US-Präsident Trump genehmigt verdeckte Einsätze der CIA in Venezuela

Venezuela versperrt den USA das Tor zum Hinterhof